

Gemeinschaftskunde Curriculum für die Klassen 8-10

1. Beitrag des Faches zu den Leitperspektiven

- Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)
- Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt (BTV)
- Prävention und Gesundheitsförderung (PG)
- Berufliche Orientierung (BO)
- Medienbildung (MB)
- Verbraucherbildung (VB)

2. Standards für prozessbezogene Kompetenzen für die Klassen 8-10

2.1. Analysekompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können
1. politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen unter Verwendung der gängigen Fachsprache strukturiert wiedergeben
2. politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand grundlegender sozialwissenschaftlicher Kategorien untersuchen (zum Beispiel Problem, Akteure, Interessen, Konflikt, Macht, Legitimation)
3. politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand des Politikzyklus untersuchen (Problem, Auseinandersetzung, Entscheidung, Bewertung der Entscheidung und Reaktionen)
4. <u>politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen</u>
5. selbstständig problemorientierte Fragestellungen formulieren sowie Hypothesen aufstellen und auf ihre sachliche Richtigkeit hin untersuchen
6. bei der Untersuchung von Sach-, Konflikt- und Problemlagen unterschiedliche Bereiche berücksichtigen (Gesellschaft, Wirtschaft, Politik)
7. bei der Untersuchung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sach-, Konflikt- und Problemlagen unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen (individuelle, öffentliche, systemische)
8. vorliegende Urteile und Entscheidungen in Bezug auf Interessen- und Wertgebundenheit untersuchen

2.2. Urteilskompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können
1. zu einer vorgegebenen Problemstellung eigenständig und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven durch Abwägen von Pro- und Kontra-Argumenten ein begründetes Fazit ziehen
2. unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen
3. <u>aufzeigen, dass sich politisches Urteilen und Handeln in einem ständigen Spannungsverhältnis wie zum Beispiel Macht versus Recht, Legitimität versus Effizienz, Interesse versus Gemeinwohl, Partizipation versus Repräsentation, Konflikt versus Konsens vollzieht</u>
4. eigene Urteile nach kritischer Überprüfung und Kenntnisnahme neuer Sachverhalte dekonstruieren
5. begründete Vorschläge zur Bewältigung von politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen formulieren

2.3. Handlungskompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können
1. eigene Interessen, Urteile und Entscheidungen – auch aus Minderheitenpositionen heraus – sachlich und überzeugend vertreten 2. die Positionen und Begründungen von Andersdenkenden mit eigenen Argumenten sachlich und kritisch in Frage stellen 3. sich im Sinne eines Perspektivwechsels in die Situation, Interessen und Denkweisen anderer Menschen versetzen, diese Interessen und Denkweisen simulativ für eine begrenzte Zeit vertreten und das eigene Verhalten in der Rolle reflektieren 4. in politischen Kontroversen konfliktfähig sein, aber auch Kompromisse schließen 5. die Regeln für ein rationales und gewaltfreies Austragen politischer Konflikte einhalten 6. ihre Interessen in schulischen und außerschulischen Zusammenhängen wahrnehmen und an demokratischen Verfahren in Schule und Politik mitwirken 7. Texte und andere Medien, die der Teilhabe an politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen dienen, erarbeiten 8. bei der Nutzung von Medien die Grundsätze des Datenschutzes und der informationellen Selbstbestimmung beachten

2.4. Methodenkompetenz

Die Schülerinnen und Schüler können
1. selbstständig Recherchetechniken nutzen und auch an außerschulischen Lernorten (zum Beispiel Parlament, Rathaus, Gericht) Informationen gewinnen und verarbeiten 2. die gewonnenen Informationen quellenkritisch hinterfragen und dabei die Zuverlässigkeit der unterschiedlichen Medien einschätzen 3. lineare (zum Beispiel Kommentar, Rede, Bericht) und nichtlineare Texte (zum Beispiel Karikatur, Diagramm, Strukturmodell) auswerten 4. Informationen aus Rechtstexten entnehmen (zum Beispiel Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, UN-Charta, UN-Kinderrechtskonvention, Grundgesetz, Jugendschutzgesetz, Schulgesetz, SMV-Verordnung) 5. Diagramme, auch Vernetzungsdiagramme (zum Beispiel Strukturmodell, Mind-Map, Concept-Map), zur Visualisierung und Strukturierung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sach-, Konflikt- und Problemlagen erarbeiten 6. produkt-, rollen- beziehungsweise adressatenorientierte Texte verfassen (zum Beispiel Leserbrief, Blogeintrag, Rede, Streitgespräch, <u>politische Strategie</u>) 7. politisches Handeln simulieren (zum Beispiel Rollendebatte, Rollenspiel) 8. in elementarer Form sozialwissenschaftlich arbeiten (zum Beispiel eine Erkundung, Expertenbefragung, Meinungsumfrage oder ein Interview durchführen, auswerten und präsentieren) 9. <u>Fallstudien erstellen und die Ergebnisse präsentieren (Erkennen von Problemen, Informationsgewinnung, Problemlösung/Entscheidung und Ermitteln alternativer Lösungsvarianten, Lösungskritik)</u>

3. Inhaltsbezogene Kompetenzen (Modell 1-2-1)

8	Rechtliche Stellung des Jugendlichen und Rechtsordnung	Familie und Gesellschaft		Mitwirkung in der Schule Politik in der Gemeinde
9		Zuwanderung nach Deutschland Aufgaben und Probleme des Sozialstaates	Frieden und Menschenrechte	Politischer Willensbildungsprozess Politischer Entscheidungsprozess
10	Grundrechte		Die Europäische Union	Kontrolle politischer Herrschaft Problemlösefähigkeit des politischen Systems – eine Fallstudie

Klasse 8

Familie und Gesellschaft

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Formen des Zusammenlebens der Staat besonders fördert (Privatheit und Öffentlichkeit), welche Möglichkeiten es gibt, Benachteiligungen zwischen den Geschlechtern zu überwinden (Interessen und Gemeinwohl) und welche rechtlichen Bestimmungen dieses Ziel verfolgen (Regeln und Recht) und wie die zunehmende Pluralisierung von Lebensentwürfen die Gesellschaft prägt (Ordnung und Struktur).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) unterschiedliche Lebensformen beziehungsweise Formen des Zusammenlebens charakterisieren
- (2) Aufgaben der Familie erläutern (Erziehung, wirtschaftliche Funktion, Befriedigung emotionaler Bedürfnisse)
- (3) Aufgabenverteilungen in Familien bewerten
- (4) die besondere Stellung der Familie beschreiben (Art. 6 GG) sowie Maßnahmen des Staates zur Förderung der Familie erläutern (Transferzahlungen, Kinderbetreuung)
- (5) Maßnahmen zur Überwindung spezifischer Benachteiligungen aufgrund unterschiedlicher Gender-Rollen erörtern

Rechtliche Stellung des Jugendlichen und Rechtsordnung

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie der Staat Jugendliche in der Öffentlichkeit schützt (Privatheit und Öffentlichkeit), welche Grundsätze ein Rechtsstaat erfüllen muss, weshalb jugendliche Straftäter anders bestraft werden als Erwachsene (Regeln und Recht) und wie rechtliche Regelungen und Konfliktlösungsmuster das friedliche Zusammenleben in Deutschland schützen (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) die besondere Rechtsstellung von Kindern und Jugendlichen erklären (Deliktfähigkeit, Strafmündigkeit, Jugendschutz nach dem JuSchG)
- (2) Formen von Jugendkriminalität beschreiben und ihre Ursachen anhand der Sozialisations und der Entwicklungstheorie erklären
- (3) Zwecke von Strafen erklären (Vergeltung, Spezial- und Generalprävention, Täter-Opfer-Ausgleich)

und an vorgegebenen Fallbeispielen jugendstrafrechtliche Sanktionen bewerten (Erziehungsmaßregeln, Zuchtmittel, Jugendstrafe)

- (4) Prinzipien des Rechtsstaats charakterisieren (Garantie der Grundrechte, Gewaltenteilung, Gleichbehandlung vor dem Gesetz, Gesetzesvorbehalt, Verhältnismäßigkeit)
- (5) Öffentliches Recht und Privatrecht vergleichen (Rechtsbeziehungen, Rechtsquellen, Ablauf der Gerichtsverfahren)
- (6) Straf- und Zivilprozess vergleichen (Zweck des Verfahrens, Prozessinitiative, Prozessparteien, Beweiserhebung)
- (7) die Bedeutung des Rechts für eine Gesellschaft erläutern (Herstellung von Gerechtigkeit, Friedens-, Ordnungs-, Schutz- und Gestaltungsfunktion)

Mitwirkung in der Schule

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten sie haben, ihre Interessen in den schulischen Entscheidungsprozess einzubringen, wie in der Schule Entscheidungen getroffen werden (Macht und Entscheidung), welche rechtlichen Bestimmungen das Zusammenleben in der Schule regeln (Regeln und Recht), wie die einzelnen Institutionen in der Schule zusammenwirken (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren zum Lösen von Interessenkonflikten in der Schule leisten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) Kennzeichen demokratischer Wahlen anhand der Wahlgrundsätze beschreiben (frei, gleich, geheim, allgemein, unmittelbar)
- (2) an einem vorgegebenen Fallbeispiel die Einhaltung der Vorgaben einer Klassensprecherwahl mithilfe von Auszügen aus dem Schulgesetz und der SMV-Verordnung überprüfen
- (3) Konfliktursachen erläutern und Möglichkeiten der Konfliktbewältigung bewerten (Klassenrat, Streitschlichter)
- (4) Mitwirkungsrechte der Schülerinnen und Schüler beschreiben (Wahl der Schülervertreter und Verbindungslehrer, Mitgliedschaft in der Schulkonferenz, Evaluation, Anhörungs-, Vorschlags-, Beschwerde- und Informationsrecht)
- (5) Aufgaben der Schülervertreter erläutern (Interessenvertretung, Mitgestaltung des Schullebens)
- (6) an einem vorgegebenen Fallbeispiel den Entscheidungsprozess in der Schule analysieren (Schulkonferenz, Gesamtlehrerkonferenz) und über den Fall hinausgehend die Mitwirkungsrechte der Schülerinnen und Schüler bewerten

Politik in der Gemeinde

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten Bürger und Jugendliche haben, ihre Interessen in den Entscheidungsprozess in der Gemeinde einzubringen, und wie die Macht in der Gemeinde verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Organe innerhalb der Gemeinde zusammenwirken (Ordnung und Struktur), welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in der Gemeinde leisten (Interessen und Gemeinwohl) und wie die Gemeinde mit ihren begrenzten finanziellen Mitteln umgeht (Knappheit und Verteilung).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher beschreiben (Beteiligungsverfahren nach der GemO, Einflussnahme auf die öffentliche Meinung) und die Akzeptanz dieser Möglichkeiten unter Jugendlichen mithilfe von Material überprüfen
- (2) Partizipationsmöglichkeiten der Bürger beschreiben (Bürgermeister- und Gemeinderatswahl mit Kumulieren und Panaschieren, Bürgerbegehren und -entscheid, Bürgerinitiative, Einflussnahme auf die öffentliche Meinung)
- (3) die Modelle der plebiszitären und der repräsentativen Demokratie vergleichen (Formen der Entscheidungsfindung, Bedeutung des Parlaments, Legitimation politischer Entscheidungen)

- (4) die Organe einer Gemeinde (Gemeinderat, Bürgermeister, Verwaltung) hinsichtlich ihres Zusammenwirkens beim Entscheidungsprozess darstellen (Initiative, Entscheidung, Ausführung) und ihre Legitimation beschreiben (Wahl, Ernennung)
- (5) an einem vorgegebenen kommunalen Konflikt den Entscheidungsprozess anhand des Politikzyklus analysieren und über den Fall hinausgehend Möglichkeiten der Einflussnahme von Bürgern bewerten

Klasse 9

Zuwanderung nach Deutschland

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie die Gesellschaft Deutschlands zusammengesetzt ist (Ordnung und Struktur), welche Bedeutung die Zuwanderung für Deutschland hat und wie die Zuwanderungspolitik gestaltet werden soll (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) Ursachen von Zuwanderung nach Deutschland erläutern (Push- und Pull-Faktoren)
- (2) die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland mithilfe von Material analysieren (Migrationshintergrund, Altersstruktur)
- (3) Folgen von Zuwanderung für Deutschland erläutern
- (4) Anforderungen an die Aufnahmegesellschaft und an die Zuwanderer im Integrationsprozess erläutern (kulturelle Offenheit und Akzeptanz, Bildung, Sprache, Gestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts)
- (5) die Zuwanderungspolitik Deutschlands und der EU erörtern (Arbeitsmigration, Flüchtlingspolitik, Familiennachzug)

Aufgaben und Probleme des Sozialstaats

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes formuliert ist (Regeln und Recht), welche unterschiedlichen Vorstellungen es zur Umsetzung des Sozialstaatsgebots gibt (Interessen und Gemeinwohl) und wie der Sozialstaat ausgestaltet ist (Ordnung und Struktur).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes beschreiben (Art. 1, 20 GG)
- (2) Aufgaben des Sozialstaats erläutern (soziale Sicherung, sozialer Ausgleich)
- (3) Gestaltungsprinzipien der sozialen Sicherung charakterisieren (Solidar-, Äquivalenz- und Subsidiaritätsprinzip)
- (4) die Renten- und Krankenversicherung als Beispiele für die gesetzlichen Sozialversicherungen vergleichen (Zielsetzung, Anspruchsberechtigte, Finanzierung, Gestaltungsprinzipien)
- (5) unterschiedliche Formen von Gerechtigkeit charakterisieren (Leistungs-, Bedarfs-, Chancengerechtigkeit)
- (6) die Konzepte der absoluten und der relativen Armut vergleichen
- (7) Einflussfaktoren auf das Armutsrisiko mithilfe von Material analysieren (Familienstruktur, berufliche Qualifikation, Beschäftigungsverhältnis, Migrationshintergrund) sowie politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen von Armut erläutern
- (8) das Fürsorgeprinzip am Beispiel der Grundsicherung beschreiben (Zielsetzung, Anspruchsberechtigte, Finanzierung, Gestaltungsprinzip) und die Ausgestaltung der Grundsicherung bewerten

Frieden und Menschenrechte

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie die Menschenrechte international geschützt werden können und wie Frieden bewahrt, geschaffen und gesichert werden kann (Interessen und Gemeinwohl), welche Regeln die internationale Politik bestimmen und wo sie verankert

sind (Regeln und Recht) und wie die UNO Entscheidungen trifft (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) einen vorgegebenen kriegerischen Konflikt analysieren
- (2) die Konzepte des negativen und des positiven Friedens vergleichen
- (3) Hauptziele (Wahrung von Weltfrieden und internationaler Sicherheit, Durchsetzung der Menschenrechte) und Grundsätze der UNO (staatliche Souveränität, allgemeines Gewaltverbot, verbindliche Beschlüsse des Sicherheitsrats, Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung) beschreiben
- (4) die Organe der UNO (Generalversammlung, Sicherheitsrat, Generalsekretär) hinsichtlich ihrer Legitimation beschreiben und die Aufgaben dieser Organe beschreiben (Artikulation, Wahl des Generalsekretärs und der nichtständigen Mitglieder, verbindliche und nicht verbindliche Beschlüsse, Repräsentation)
- (5) Zusammensetzung (ständige und nichtständige Mitglieder) und Entscheidungsfindung des Sicherheitsrats beschreiben
- (6) Maßnahmen der UNO zur Konfliktbeilegung nach Kapitel VI und VII der UN-Charta erläutern
- (7) an einem vorgegebenen Konflikt Maßnahmen der UNO zur Bewahrung, Schaffung und Sicherung des Friedens bewerten
- (8) an vorgegebenen Fallbeispielen die Einhaltung von Menschenrechten mithilfe von Auszügen aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte überprüfen
- (9) Möglichkeiten zum Schutz der Menschenrechte durch internationale Organisationen (UN-Sicherheitsrat, UN-Menschenrechtsrat) und NGOs erläutern

Politischer Willensbildungsprozess in Deutschland

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten Bürger haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen (Macht und Entscheidung), und wie das Grundgesetz die Teilhabe regelt (Regeln und Recht), welchen Beitrag die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten leisten, wie die Demokratie gesichert und geschützt werden kann (Interessen und Gemeinwohl) und welche Bedeutung Medien für eine demokratische Gesellschaft haben (Privatheit und Öffentlichkeit).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) Partizipationsmöglichkeiten beschreiben (Art. 5, 8, 9, 20, 21, 38 GG)
- (2) Auswirkungen digitaler Medien auf die politische Willensbildung erläutern (zum Beispiel Blogs, soziale Netzwerke)
- (3) Parteien, Verbände und Bürgerinitiativen vergleichen (verfassungsrechtliche Stellung, innerer Aufbau, Zielsetzung, Dauer des politischen Engagements, vertretenes Interessenspektrum)
- (4) das Wahlsystem zum Bundestag erklären (personalisierte Verhältniswahl mit Erst- und Zweitstimme, Wahlkreis, Direktmandat, Sperrklausel)
- (5) Aufgaben der Parteien erläutern (Beteiligung an Wahlen, Besetzung politischer Ämter, Bündelung gesellschaftlicher Interessen, Einflussnahme auf die öffentliche Meinung, Einflussnahme auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung)
- (6) in einem Politikfeld die von Parteien vertretenen Positionen mithilfe von Material vergleichen
- (7) die Aufgaben der Medien in einer demokratischen Gesellschaft erläutern (Information, Agenda-Setting, Herstellung von Öffentlichkeit, Ermöglichung der Teilhabe am öffentlichen Diskurs, Kritik und Kontrolle)
- (8) die Bedeutung der Pressefreiheit für die Demokratie erläutern
- (9) Kennzeichen von politischem Extremismus erläutern (Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, Freund-Feind-Stereotypen, ideologischer Dogmatismus, Missionsbewusstsein)
- (10) die Bedeutung von Zivilcourage und zivilgesellschaftlichem Engagement für den Erhalt der demokratischen Gesellschaft erläutern
- (11) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen,

bewerten

Politischer Entscheidungsprozess in Deutschland

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie die Macht zwischen den Verfassungsorganen in Deutschland verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Institutionen in Deutschland zusammenwirken (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens leisten (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) Aufgaben des Bundestags beschreiben (Wahl, Kontrolle, Gesetzgebung, Repräsentation, Artikulation)
- (2) die Arbeitsweise des Bundestags als Rede- und Arbeitsparlament beschreiben (Parlamentsdebatten, Ausschüsse, Fraktionen)
- (3) Formen von Gewaltenteilung in der parlamentarischen Demokratie Deutschlands erklären (Opposition im Deutschen Bundestag als Kontrollinstanz, personelle Verschmelzung von Regierungsfractionen im Deutschen Bundestag mit der Regierung)
- (4) die Stellung des Abgeordneten im Spannungsverhältnis von freiem Mandat (Art. 38 GG) und Fraktionsdisziplin (Art. 21 GG) erläutern
- (5) Aufgaben der Bundesregierung erläutern (politische Führung, Gesetzesinitiative, Ausführung von Gesetzen)
- (6) die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers im Spannungsverhältnis von Verfassungsnorm (Art. 65 GG) und Verfassungsrealität (Parlamentsmehrheit, Koalitionskonstellation, Bundesratsmehrheiten, Interessenverbände) erläutern
- (7) den Gang der Gesetzgebung darstellen (Gesetzesinitiative, Lesung, Beratung in Ausschüssen, Abstimmung im Bundestag, Beratung und Abstimmung im Bundesrat, Vermittlungsausschuss, Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten)
- (8) an einem vorgegebenen Fallbeispiel den Entscheidungsprozess (Initiative, Entscheidung, Kontrolle) und dabei das Zusammenwirken von Bundesregierung, -präsident, -tag und -rat bei der Gesetzgebung anhand des Politikzyklus analysieren
- (9) Erweiterungen des repräsentativen Systems Deutschlands durch plebiszitäre Elemente erörtern

Klasse 10

Grundrechte

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche rechtlichen Regelungen es zum Schutz der Grundrechte gibt (Recht und Regeln) und welche Bedeutung Grundrechte für das Zusammenleben in Deutschland und für den Einzelnen haben (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) unterschiedliche Arten von Grundrechten erläutern (Freiheits-, Gleichheits- und Anspruchsrechte, Bürger- und Menschenrechte)
- (2) die besondere Stellung der Grundrechte beschreiben (Bindungswirkung, Wesensgehaltsgarantie, Ewigkeitsgarantie)
- (3) die Ausgestaltung des Minderheitenschutzes am Beispiel der Sinti und Roma beschreiben
- (4) an einem vorgegebenen Fallbeispiel einen Grundrechtskonflikt analysieren

Die Europäische Union

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten die Bürger haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess in der EU einzubringen, und wie die Macht zwischen den Organen der EU verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Institutionen innerhalb der EU zusammenwirken (Ordnung und Struktur), wie sich Entscheidungen der EU auf das Leben der Bürger auswirken und ob die EU erweitert werden soll (Interessen und Gemeinwohl).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) erläutern, wie Entscheidungen der EU das tägliche Leben der EU-Bürger beeinflussen
- (2) Partizipationsmöglichkeiten der EU-Bürger beschreiben (Wahlen, Europäische Bürgerinitiative, Petitionen, Europäischer Bürgerbeauftragter)
- (3) die Organe der EU (Europäischer Rat, Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Ministerrat, EuGH) hinsichtlich ihres Zusammenwirkens beim Entscheidungsprozess darstellen (Initiative, Entscheidung, Ausführung, Kontrolle) und hinsichtlich ihrer Legitimation (Wahl, Ernennung, von Amts wegen) beschreiben
- (4) die Organe der EU mit den Verfassungsorganen Deutschlands im Hinblick auf ihre Legitimation vergleichen
- (5) an einem vorgegebenem Fallbeispiel eine länderübergreifende Herausforderung innerhalb der EU anhand des Politikzyklus analysieren und Lösungsmöglichkeiten erörtern (zum Beispiel Umwelt-, Verbraucher-, Energiepolitik, Digitalisierung, Migration, Verschuldung, demografischer Wandel, Friedenssicherung)
- (6) die EU-Beitrittskriterien beschreiben
- (7) an einem vorgegebenen Fallbeispiel den möglichen Beitritt eines Staates unter Berücksichtigung formeller und informeller Gesichtspunkte erörtern (geostrategische, wirtschaftliche, kulturelle Interessen)

Kontrolle politischer Herrschaft in Deutschland

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie staatliche Macht in Deutschland kontrolliert wird und wie die Judikative auf den Gesetzgebungsprozess einwirkt (Macht und Entscheidung).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) die Kontrolle politischer Herrschaft durch Medien erläutern (zum Beispiel investigativer Journalismus)
- (2) verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben des Bundesverfassungsgerichts beschreiben (Normenkontrolle, Verfassungsbeschwerde, Parteienverbot, Organstreitigkeit)
- (3) die Legitimation von Bundesverfassungsgericht und Bundestag vergleichen
- (4) die Kontrollfunktion des Bundesverfassungsgerichts erläutern und den Einfluss des Bundesverfassungsgerichts auf die Gesetzgebung des Bundestags mithilfe von Material überprüfen

Problemlösefähigkeit des politischen Systems – eine Fallstudie

Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wer im betroffenen Problemfeld mit welcher Legitimation Entscheidungen treffen kann (Macht und Entscheidung), welche Akteure betroffen sind und welche Interessen sie verfolgen (Interessen und Gemeinwohl) und wie durch die Festlegung von rechtlichen Regelungen das Problem gelöst werden soll (Regeln und Recht).

Die Schülerinnen und Schüler können:

- (1) anhand eines aktuellen politischen Konflikts (zum Beispiel Umwelt-, Verbraucher-, Energiepolitik, Digitalisierung, Migration, Verschuldung, demografischer Wandel, Friedenssicherung) eine Fallstudie erstellen